



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident

Andreas Kümin
Mc PaperLand
Mühlenerstrasse
8856 Tuggen
Tel. 041 465 66 66
Fax 041 465 66 67
andreas.kuemin@mcpaperland.ch
www.mcpaperland.ch

H+I-Geschäftsführer

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Schützenstrasse 2
Postfach 618
6431 Schwyz
Tel 041 820 34 44
Fax 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Partner für alle Finanzfragen

Schwyzer Kantonalbank
Bahnhofstrasse 3
Postfach 263
6431 Schwyz
Tel. 058 800 20 20
kundenzentrum@szkb.ch
www.szkb.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druck|media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Indexe

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/preise.html>

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
SZ	
Wirtschaftsmeldungen	4–6
CH	
Themen	7
Aktuell	8–10
Kommentar zum Zeitgeschehen	
Es geht um mehr als Food	11

Ageing in place



Elio Vanoli

Einfamilienhäuser sind nach wie vor sehr gefragt. Gemäss einer aktuellen Marktanalyse von Homegate betrug das schweizweite Preiswachstum des vergangenen Jahres 4,7%. Der Anstieg hat sich nun bei 2% stabilisiert. Die Prognosen von Wüst und Partner gehen von einem schwächeren Preiswachstum für die kommenden 12 Monate aus. In erster Linie werden die Einflussfaktoren Demografie-, Zins- und Einkommensentwicklung als massgebende Gründe aufgeführt. Zudem ist die Anzahl der neu erstellten Einfamilienhäuser stark rückläufig. Die Angebotsreduktion wirkt stabilisierend auf die Preisentwicklung. Die Tendenz zur Verdichtung sowie der markante Rückgang von Baulandinzonungen begünstigen diesen Trend. Andererseits wächst das Angebot an sogenannten Occasionsobjekten. Dementgegen steht die Feststellung, dass Senioren (über 65 Jahre) ungefähr gleich häufig in Einfamilienhäusern leben wie fast alle anderen Altersgruppen. Diesbezüglich ist kürzlich ein inter-

essanter Artikel von Leonid Leiva in der NZZ-Beilage «domizil» erschienen, welcher sich auf eine Studie von Corinne Heye (Geschäftsführerin des Beratungsunternehmens Raumdaten) bezieht. Dabei wird unter anderem das Phänomen des Alterns bei gleichzeitigem Festhalten an den angestammten Wohnverhältnissen («ageing in place») beschrieben. In der Schweiz ist ab dem Alter von 45 Jahren eine gewisse Trägheit bemerkbar. Dies führt unter anderem dazu, dass Ehepaare bis ins hohe Rentenalter ein Einfamilienhaus bewohnen und damit die Zunahme des Flächenverbrauchs pro Kopf begünstigen. Es führt jedoch auch dazu, dass junge Familien kein passendes Eigenheim finden bzw. das Angebot stark eingeschränkt ist. Die Trägheit wird notabene durch weitere Faktoren begünstigt. Oftmals ist es schlichtweg günstiger im abbezahlten Einfamilienhaus zu verbleiben als in eine Wohnung zu ziehen. Zudem fehlt häufig das Angebot an Alterswohnungen an Zentrumslagen. Wenn der Nachwuchs das Einfamilienhaus übernehmen möchte, kann bei fehlenden finanziellen Mitteln auch das «Auszahlen» der weiteren Familienmitglieder eine Hürde darstellen.

In der Summe habe ich Verständnis dafür, dass zahlreiche Senioren bis ins hohe Alter in einem überdimensionierten Wohnheim verbleiben. Ich fühle mich auch sehr wohl in meinem Eigenheim. Die Gefahr ist gross, dass meine Kinder dann zumal etwas Druck auf meine Frau und mich ausüben müssen, sofern sie das Haus übernehmen möchten. Die negativen Konsequenzen aus

dieser Trägheit sind unter anderem, dass einige mit dem Wohnort verbundene Familien auf Nachbarortschaften ausweichen oder erst dann ein Wohnheim erwerben können, wenn die eigenen Kinder schon fast wieder flügge sind. Gemäss Corinne Heye können nur durch finanzielle Anreize die Menschen davon überzeugt werden ihren Wohnraumverbrauch zu reduzieren. Ob die Politik dies beeinflussen kann, ist fragwürdig. Meines Erachtens liegt ein grosser Hebel bei der Erstellung von seniorenfreundlichem und attraktivem Wohnraum in unmittelbarer Nähe des Stadt- oder Dorfgeschehens. Die schleppende Entfaltung sowie der vorhandene Widerstand gegen die Verdichtung spielen eine grosse Rolle. Es handelt sich in jedem Fall um eine spannende Diskussion, welche uns im Zusammenhang mit der demografischen Alterung in den kommenden Jahren weiterhin beschäftigen wird.

Mit den besten Grüssen aus Immensee

Elio Vanoli
 Vorsitzender der Geschäftsleitung
 C. Vanoli Generalunternehmung AG

Konkurs über OVS eröffnet

Nach einem kurzen Auftritt der italienischen Kleider-Kette OVS wurden die Bestände liquidiert und die Filialen wieder geschlossen. Nun hat der Einzelrichter des Bezirks Höfe über die Sempione Fashion AG den Konkurs eröffnet und das Konkursamt Höfe mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt. Damit sei das Nachlassstundungsverfahren abgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an ist das Konkursamt für die Verwertung der noch vorhandenen Vermögenswerte zugunsten der Konkursmasse zuständig. Soweit die Konkursmasse ausreicht, dient sie der Befriedigung der bestehenden und im Konkurs angemeldeten Forderungen der Gläubiger. Für die ungedeckt bleibenden Forderungen werden am Schluss des Verfahrens Verlustscheine ausgestellt. Raya Hagen, die Leiterin des Konkursamtes, geht davon aus, dass ein so umfangreiches Konkursverfahren kaum innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden kann. Sempione Fashion AG hat unter der Marke OVS die ehemaligen Charles-Vögele-Läden geführt.

Neue Firma macht Schwyz zu Batterie- und Forschungszentrum

Die 2015 gegründete Firma Ecovolta mit Sitz in Seewen kündigt die Errichtung einer vollautomatisierten Li-Ion-Batterie-Konfektionierung im Talkessel Schwyz mit einer Jahreskapazität von 200 Megawattstunden an. Sie soll noch diesen Herbst in Betrieb gehen. Das Unternehmen wird damit zu den europaweit grössten Produktionen dieser Art gehören. Das für die Ecovolta-Akkupacks verwendete Bauprinzip ermögliche die Serienproduktion hochstromfähiger Batteriespeicher, die keine aktive Kühlung mehr benötigten. Neben der Batterieproduktion soll in Schwyz ein Forschungs- und Entwicklungsbereich für Batterieanwendungen mit dem Schwerpunkt Elektromobilität entstehen. Mittlerweile wurden bereits gegen 70 neue, hochwertige Arbeitsplätze geschaffen, die mit der Entwicklung und der Produktion beschäftigt sind. Dem Verwaltungsrat der Firma gehören Philip Reichmuth und Priska Reichmuth-Weber an. Ecovolta ist ein Tochterunternehmen der im März gegründeten ecocoach AG in Seewen. Als Präsident dieser Firma zeichnet Baptist Reichmuth, Gründer und treibende Kraft der Agro Energie AG, welche den Talkessel von Schwyz mit Wärme und Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. Ecovolta will wachsen: Dazu wurde das Aktienkapital Anfang Juli dieses Jahres von 100 000 auf fünf Millionen Franken erhöht.

Garaventa mit neuer Fabrik

Die weltweit tätige Garaventa-Lift-Gruppe mit Haupt-

sitz in Goldau und Niederlassung in Küsnacht hat ein neues, topmodernes Fabrikgebäude in Vancouver in Betrieb genommen. Der nordamerikanische Fabrik- und Bürostandort, der für mehr als 200 Mitarbeiter einen modernen Arbeitsplatz bietet, stellt eine Multi-Millionen-Dollar-Investition für das Unternehmen dar, wie die Garaventa-Lift-Gruppe mitteilt. Während 40 Jahren hat Garaventa Lift lediglich 20 Kilometer von der neuen Anlage entfernt erfolgreich operiert, jedoch sei man mittlerweile über den alten Standort hinausgewachsen. Das Unternehmen installiert derzeit mehr als 6000 Lifte pro Jahr und betrachtet die Investition aufgrund der stetig wachsenden Nachfrage nach seinen Treppen- und Senkrechtliften als notwendig.

Küsnacht verliert 110 Arbeitsplätze

Der deutsche Pharma- und Gesundheitskonzern Gerresheimer schliesst seinen Standort im Industriegebiet Fänn in Küsnacht. Bis Ende 2019 verlieren 110 Mitarbeitende ihre Stelle. Der Konzern gibt seinen einzigen Schweizer Ableger auf, weil der einen Grossauftrag für Atmungsgeräte (Inhalatoren) verloren hat. Das Werk in Küsnacht sei darum «bei weitem» nicht mehr ausgelastet und ein wirtschaftlicher Betrieb nicht mehr möglich, heisst es in der Mitteilung von Gerresheimer. In Küsnacht lässt der Medizinalgüterkonzern nebst Atmungsgeräten Spritzen und weitere medizinische Einwegartikel vor allem für Labors (Disposables) herstellen. Die Produktionsfläche umfasst 6000 Quadratmeter, und die 37 hochautomatisierten Spritzgussmaschinen sowie 15 Montageautomaten stehen rund um die Uhr im Einsatz. Gerresheimer hat den Sitz in Düsseldorf, beschäftigt weltweit 10 000 Mitarbeitende und betreibt Werke in Europa, Asien sowie Nord- und Südamerika. Der Jahresumsatz des Konzerns beziffert sich auf 1,63 Milliarden Franken. In Küsnacht ist der Konzern seit 1999 präsent.

Victorinox musste 70 Mio. Franken auf Kleidergeschäft abschreiben

2017 informierte die Firma Victorinox, dass der Bereich Bekleidung, mit dem sie 2001 begann, geschlossen werde. Ziel ist eine stärkere Fokussierung auf die Hauptprodukte, mit denen die Schwyzer Firma in die Zukunft gehen will: Taschenmesser, Haushalts- und Berufsmesser, Uhren, Reisegepäck und Parfum. Durchschnittlich wurden pro Jahr 4,2 Mio. Franken investiert. Insgesamt müssen also nach 17 Jahren 71 Mio. Franken abgeschrieben werden. Ursprüngliches Ziel sei es gewesen, mit der Bekleidung bis ins Jahr 2020 die Gewinnzone zu errei-

chen. Der unerwartet enttäuschende Abschluss 2016 und die weltweit unsicheren Aussichten im Bekleidungssektor sowie die Planung des neuen Logistikzentrums im 16ni in Seewen hätten Victorinox aber veranlasst, einen Entscheid über die Zukunft der Bekleidungsdivision früher zu fällen, schreibt der Bote der Urschweiz. Ansonsten floriert das Ibächler Weltunternehmen: Vor allem das Reisegepäck und die Haushalts- und Berufsmesser erfreuen sich grosser Beliebtheit. So verzeichnet das Reisegepäck aktuell ein Plus von 22 Prozent, die Berufs- und Haushaltsmesser legten gar um 25 Prozent zu.

Berufslehren doppelt so beliebt wie Mittelschulen

Von den 1580 diesjährigen Schulabgängern begannen Anfang August 897 oder 57 Prozent eine Berufslehre, wie eine umfassende Umfrage bei den 3. Oberstüflern am 22. Juni ergibt. Davon entschieden sich 12 Prozent für Kaufmann/-frau und je 7 Prozent für Detailhandelsfachmann/-frau oder Fachmann/-frau Gesundheit. «Diese drei Berufe sind in den letzten Jahren konstant auf den Spitzenplätzen», reiht Edith Schönbächler, Leiterin Amt für Berufs- und Studienberatung, die Zahlen ein. Damit sind die Berufslernenden weiterhin mit Abstand in der Überzahl. Ein Gymnasium oder eine Fachmittelschule beginnen 30 Prozent. Hinzu komme, dass etwa 90 Prozent jener, welche sich für ein Brückenangebot oder einen Sprachaufenthalt entschieden, danach eine Lehre begannen. Handwerkliche und technische Berufe seien seit Jahren unter Druck, was mit der gesellschaftlichen Akzeptanz und der zunehmenden Erwartungshaltung der Eltern zu tun habe, sagte Schönbächler gegenüber dem «Boten der Urschweiz».

Flankierende Massnahmen greifen im Kanton Schwyz

Egal, woher eine Firma stammt: Arbeitet sie in der Schweiz, gelten die hier üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. So wollen es die flankierenden Massnahmen. Diese werden regelmässig überprüft und bei Verstössen sanktioniert. Der Kanton Schwyz weist in der Periode zwischen Juli 2013 bis Juli 2018 nur gerade 73 rechtskräftig sanktionierte Fälle auf, also nicht einmal 0,4 Prozent der landesweit registrierten Verstösse, wie eine Zusammenstellung des Seco ausweist. Zwischen 2014 und 2017 wurden pro Jahr im Kanton durchschnittlich 269 Kontrollen in Bezug auf die flankierenden Massnahmen durchgeführt. Auf der Sünderliste befinden sich in erster Linie ausländische Firmen. In den 73 Schwyzer Fällen wurden die Firmen je zur Hälfte mit einer Busse oder alternativ mit einer Sperre bestraft. Letzteres bedeutet, sie dürfen

vorübergehend – meist für ein Jahr – in der Schweiz keine Aufträge ausführen.

Oerlikon verkauft Getriebesparte an US-Konzern

Der Industriekonzern Oerlikon mit Hauptsitz in Pfäffikon SZ wollte seine Getriebesparte ursprünglich an die Börse bringen. Weil dies aufgrund des unsicheren Börsenumfelds abgesagt wurde, wird das Segment Drive Systems nun an den US-Autozulieferer Dana verkauft. Die Getriebesparte wird dabei mit 600 Millionen Franken bewertet. Das Geld will Oerlikon in den Ausbau seiner beiden verbleibenden Kernbereiche Oberflächenlösungen und moderne Werkstoffe investieren, heisst es in einer Mitteilung des Konzerns. Drive Systems erwirtschaftete 2017 einen Umsatz von 730 Millionen Franken und erzielte einen Betriebsgewinn auf Stufe Ebitda von 78 Millionen Franken. Weltweit arbeiten über 5100 Mitarbeitende für das Segment. Der Käufer Dana ist ein amerikanischer Zulieferer für die Auto-, Lastwagen- und Baumaschinenindustrie. Das Unternehmen setzte 2017 mit über 30 000 Mitarbeitenden 7,2 Milliarden Dollar um. Unter anderem verkauft Dana Achsen, Antriebswellen und Getriebe an grosse Autofirmen.

Oerlikon und Ruag kooperieren enger

Schweizer Kooperation für die Raumfahrt: Das Technologieunternehmen Oerlikon und der staatliche Rüstungskonzern Ruag wollen bei 3D-gedruckten Raumfahrtkomponenten enger zusammenarbeiten. Die beiden Gesellschaften unterzeichneten eine entsprechende Absichtserklärung. Das Ziel der vertieften Zusammenarbeit sei unter anderem eine Beschleunigung der Serienproduktion. Es sollen gemeinsam Prozesse und Standards entwickelt werden. Oerlikon und die Ruag-Sparte Space arbeiten bereits heute an einer Halterung, die an einer Nutzlastverkleidung angebracht werden soll. 3D-Druck ermögliche dabei Optimierungen, welche die Kosten um einen Viertel und das Gewicht um mehr als die Hälfte senkten. Dabei werde die Steifigkeit verdoppelt.

Genossame Lachen kauft grosses Industriegelände

Die Genossame Lachen kauft das Industriegelände der ehemaligen Swagelok AG zurück, das sie der amerikanischen Firma Anfang der 1970er-Jahre verkauft hatte. Auf dem Land wurde 1979 die heutige Fabrik erstellt. Vor gut einem Jahr gab Swagelok bekannt, den Standort Lachen zu schliessen und die Produktion in die USA zu verlagern. Damit gingen 69 Arbeitsplätze verloren, die Produktion wurde im vergangenen Mai eingestellt. Die Korporation hat

sich mit dem 18 000 Quadratmeter grossen Gelände eine der letzten Baulandreserven des Märchler Hauptortes gesichert. Sie will auf dem Gewerbeland an der St. Gallerstrasse Arbeitsplätze ansiedeln. Interessenten aus Gewerbe und Industrie gibt es bereits.

Helvetic Airways kauft bis zu 24 neue Flugzeuge

Die Fluggesellschaft Helvetic Airways mit Sitz in Freienbach macht eine Riesenbestellung von neuen Fliegern. Die Airline des Investors Martin Ebner hat eine Absichtserklärung für den Kauf von bis zu 24 neuen Embraer-Maschinen des Typs 190-E2 unterzeichnet. Der Listenpreis beträgt 1,5 Milliarden Franken. Embraer gab die Unterzeichnung an der Farnborough Air Show Mitte Juli bekannt. Zwölf Flugzeuge werden zwischen Herbst 2019 und Herbst 2021 die fünf Fokker 100 und sieben Embraer E1-190, also die gesamte bestehende Flotte, ersetzen. Die Option auf weitere zwölf Maschinen ermöglicht es Helvetic Airways, die Wachstumsstrategie den künftigen Marktgegebenheiten anzupassen. Die Fluggesellschaft mit derzeit 440 Mitarbeitern betreibt zudem einen eigenen Wartungsbetrieb am Flughafen Zürich. Embraer mit Hauptsitz in Brasilien ist der führende Hersteller von Jets mit bis zu 150 Sitzplätzen.

BZ Bank investiert in United Grinding

Die BZ Bank von Martin Ebner übernimmt den Werkzeugmaschinenhersteller United Grinding Group, einer der weltweiten Branchenführer. Sie gehörte bisher zum Technologiekonzern Körber. Die Grinding hat sich in den letzten Jahren dank Investitionen in innovative Lösungen, moderne Fertigungstechnologien, die internationalen Standorte sowie die konsequente Fokussierung auf den Kundennutzen sehr positiv entwickelt. Für die BZ Bank ist der Einstieg in die ertragsstarke internationale Industriegruppe ein strategisches Investment, um den Kunden gute Möglichkeiten für ihre Geldanlagen zu bieten.

Petronas-Auftrag für Kühne+Nagel

Kühne+Nagel hat sich einen Auftrag des malaysischen Staatsunternehmens Petronas geangelt. Der Logistikkonzern mit Sitz im schwyzerischen Schindellegi wird in den kommenden drei Jahren für den Erdölkonzern die Logistik organisieren. K+N wird die Verantwortung für die gesamte integrierte Lieferkette übernehmen, teilte das Unternehmen mit. Den Auftrag hat sich Kühne+Nagel im Rahmen einer Ausschreibung gesichert.

Kühne+Nagel mit soliden Zahlen

Kühne+Nagel konnte in den ersten 6 Monaten des Jahres sein Volumen steigern. Sorgen bereitet dem Management jedoch die zunehmende Unsicherheit an den Märkten. «Der Brexit, höhere Ölpreise, Handelsabkommen und Handelshemmnisse verunsichern», erklärte Konzernchef Detlef Trefzger in einem Video-Interview mit der Nachrichtenagentur AWP. In den aktuellen Halbjahreszahlen fanden diese Unsicherheiten jedoch noch keinen Niederschlag. Im Gegenteil: Bei allen wichtigen Gewinnzahlen gelang dem Konzern eine Steigerung im Vergleich zur Vorjahresperiode. Der Nettoumsatz legte im Halbjahr um gut 14 Prozent auf 10,07 Milliarden Franken zu. Kühne+Nagel gelang es nach einem eher schwachen ersten Quartal, die Volumen in der Paradedisziplin Seefracht wieder stärker zu steigern. Auch in der Luftfracht und beim Transport zu Land legte Kühne+Nagel sowohl bei den Volumen als auch beim operativen Gewinn auf Stufe Ebit zu.

Schwyz muss 5,3 Mio. Franken mehr bezahlen

Die Geberkantone müssen auch im kommenden Jahr mehr an den nationalen Finanzausgleich zahlen als noch im Vorjahr. Der Kanton Schwyz wird um 5,3 Mio. Franken mehr belastet als 2018. Mit 199,3 Mio. Franken liegt Schwyz an vierter Stelle. Am stärksten belastet wird der Kanton Zürich mit 487,2 Millionen Franken, rund 26 Millionen mehr als im Vorjahr. An zweiter und dritter Stelle folgen Zug mit 329,4 Millionen (+17 Millionen) und Genf mit 299,8 Millionen (+2 Millionen). Die Kantone können nun zu den Berechnungen Stellung nehmen, danach kann es noch Änderungen geben.

Die MIT-Group schliesst sich der Swiss Security AG an

Die MIT-Group mit Sitz in Freienbach schliesst sich der vor einem Jahr neu gegründeten Swiss IT Security AG an. Dies teilte Verwaltungsratspräsident Peter Meyer mit, der das Unternehmen im Jahr 1984 zusammen mit seiner Frau gegründet hatte. Die Swiss IT Security AG hat einen starken Fokus auf die IT-Sicherheit und Managed Services. Sie ist in den deutschsprachigen Ländern aktiv. Die MIT-Group ergänzt dabei die Gruppe durch kundenspezifische Cloud-Lösungen und –Dienstleistungen. Das ganze Team bleibt unverändert in ihren Aufgabenbereichen am Standort Freienbach tätig.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Der Staat muss beim Kinderbetreuungs-Angebot endlich vorwärts machen

Während Deutschland auf Gratis-Kitas setzt, harzt es in der Schweizer Betreuungs-Debatte. Nun machen die Arbeitgeber Druck: Es sei eine Staatsaufgabe, ein attraktives Krippen-Angebot bereitzustellen.

Die Arbeitgeber sind unglücklich über die Krippensituation in der Schweiz. Warum?

Das Kinderbetreuungs-Angebot in der Schweiz ist nachweislich ungenügend und zu teuer. Warum sollten Mütter ihr Pensum erhöhen, wenn der Krippenplatz für das Kind den zusätzlichen Lohn wieder wegfrisst? Der Staat muss bei der Bereitstellung von qualitativ und finanziell attraktiven Krippen und Tagesschulen vorwärts machen!

Krippenfinanzierung als Staatsaufgabe?

Wird das Betreuungsangebot verbessert, gehen die Frauen mehr arbeiten und erzielen höhere Einkommen. Das führt zu höheren Steuereinnahmen und zu Wirtschaftswachstum. Alleinerziehende wären seltener auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen, die Chancengerechtigkeit unter den Kindern würde erhöht. Es flösse mehr Geld in die AHV und in die Pensionskassen. Weiter würde die Schweiz auch für die dringend benötigten Fachkräfte attraktiver.

Der Staat würde also das investierte Geld locker wieder reinholen.

Mehr als das. Eine Studie aus den USA, die sich mit Betreuungsangeboten für Kinder aus sozial schwachen Familien beschäftigt, zeigt, dass jeder investierte Dollar siebenfach zurückkommt. In der Schweiz mag der Effekt nicht so krass ausfallen, weil die Sozialstruktur eine andere ist. Vielleicht käme das Zwei- oder Dreifache zurück. Nur schon ein Verhältnis von 1:1 entspräche einer hundertprozentigen Rendite – besser kann ein Staat sein Geld fast nicht anlegen.

Dann dürften Sie derzeit neidisch nach Deutschland blicken: In Berlin ist der Kita-Besuch ab August für alle Kinder gratis, auch andere Bundesländer peilen eine solche Lösung an.

Der Arbeitgeberverband fordert keine Gratis-Krippen! Das würde nicht zum Schweizer Staatsverständnis passen. Kinderkriegen ist immer noch Privatsache. Was nötig wäre: Die finanzielle Belastung muss sinken, sodass es insbesondere für Mütter finanziell kein Nullsummenspiel mehr ist arbeiten zu gehen.

Konkret: Angenommen, ein Krippenplatz kostet pro Tag 100 Franken. Wie viel davon soll die öffentliche Hand zahlen? Die Hälfte, drei Viertel?

Es wäre unseriös, sich jetzt auf eine Zahl festzulegen. Bei den Tageschulen könnte man argumentieren, dass diese eine Erweiterung der Volksschule darstellen, welche ohnehin vom Steuerzahler finanziert wird. Bei den Krippen muss sichergestellt werden, dass Kinder

aus bildungsnahen und bildungsfernen Schichten das Angebot gleichermaßen nutzen können. Denn dies ist ein weiterer Pluspunkt: Frühkindliche Betreuung verbessert die Chancengerechtigkeit massiv. Werden Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien früh gefördert, verbessern sich ihre Karriereaussichten; es wird unwahrscheinlicher, dass sie später staatliche Unterstützung benötigen.

Ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt so desolat – oder warum hat das Thema für die Arbeitgeber plötzlich Priorität?

Die Zuwanderungszahlen sind seit Monaten rückläufig! Seit die Wirtschaft in der EU wieder läuft, kehren viele Hochqualifizierte in die Heimat zurück. Zudem gehen wegen der demografischen Entwicklung zunehmend Arbeitskräfte in Pension. Den Arbeitgebern fehlen dadurch Fachkräfte, die sie benötigen. Der Schuh drückt, keine Frage. Ausserdem: 8 von 10 Mütter in der Schweiz sind nur Teilzeit beschäftigt, oftmals in sehr kleinen Pensen. Sie sind grösstenteils sehr gut ausgebildet; viele von ihnen würden laut Befragungen gern mehr arbeiten. Auch Männer mit Kindern wünschen sich vereinzelt höhere Pensen.

Warum stellen die Arbeitgeber nicht selber ein Betreuungsangebot auf die Beine? Die Waadtländer Firmen zeigen, dass das geht: Sie finanzieren Krippen-Plätze über einen Fonds mit.

Die Finanzierung ist aus unserer Sicht Sache der öffentlichen Hand. Schliesslich profitiert der Staat im grossen Stil von besseren Drittbetreuungsangeboten. Und – die Arbeitgeber sind nicht untätig. Viele Firmen lancieren auf freiwilliger Basis Betreuungsangebote, auch weil sie wissen, dass ihnen dies im Kampf um Talente einen Attraktivitäts-Vorteil verschafft.

Für ihre Mission wollen die Arbeitgeber nun die grossen Parteien ins Boot holen. Ob das gelingt?

Zunächst geht es darum, einen gemeinsamen Willen zu bekunden. Dass es in Detailfragen Diskrepanzen geben wird, liegt in der Natur der Sache.

Derzeit streitet das Parlament darüber, ob die Anschubfinanzierung für neue Krippenplätze weitergeführt werden soll. FDP und SVP wollen das Programm stoppen. Ist es nicht paradox, dass die Arbeitgeber in der Frage auf die Linken hoffen müssen?

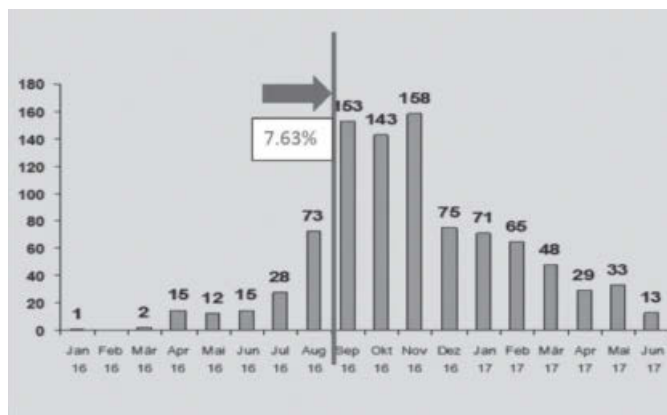
Dass die SVP der Fremdbetreuung von Kindern kritisch gegenübersteht, ist bekannt. Die Freisinnigen lehnen eine weitere Anschubfinanzierung vor allem aus ordnungspolitischen Überlegungen ab und finden, die Kantone und Gemeinden seien dafür zuständig. Der Arbeitgeberverband sieht es pragmatisch: Gibt es ein liberales Anliegen als die Chancengerechtigkeit für Eltern und Kinder?

Von und mit Simon Wey, Schweizerischer Arbeitgeberverband

Wann ist der richtige Zeitpunkt für die Lehrstellenvergabe?

Der Konkurrenzkampf unter den Ausbildungsbetrieben um «gute» Lernende hat spürbar zugenommen. Finden Lehrbetriebe geeignete Jugendliche, werden Lehrverträge oft frühzeitig unterzeichnet. Darunter leidet der Berufsfindungsprozess der Jugendlichen. Diese ungünstige Entwicklung muss überdacht und wieder in vernünftige Bahnen gelenkt werden.

Der Kampf um die besten Talente hat bereits die Schülerinnen und Schüler der Oberstufen erreicht - die Lehrlingsselektion beginnt immer früher. Nicht wenige Schülerinnen und Schüler erhalten bereits vor dem Beginn ihres letzten Schuljahres eine definitive Zusage für eine Lehrstelle. Der derzeitige Rückgang der Anzahl Schulabgänger mag für die Betriebe den Anreiz zur frühen Jagd nach den «besten» Lehrlingen noch verstärken. Insbesondere gewerbliche oder technische Firmen und solche, die wenig prestigeträchtige Lehrstellen anbieten, haben Mühe, geeignete Nachwuchskräfte zu finden.



Lehrstellenzusagen Kanton Schwyz 2017: Knapp 8% hatten ihre Lehrstellenzusage bereits vor Beginn der 3. Oberstufe.

Ungünstige Entwicklung

Die Fachleute der Berufs- und Studienberatung betrachten diese Entwicklungen mit einer gewissen Sorge. Zwar ist das Bedürfnis aller Beteiligten, möglichst früh zu entscheiden, verständlich. Eine Berufswahl unter Zeitdruck ist für einen guten Entscheid nicht förderlich. Ein eingehender Berufswahl- und Selektionsprozess wird verhindert.

- Die Schüler/innen stehen primär unter dem Druck, möglichst schnell eine Lehrstelle zu finden statt einen passenden Beruf. Eine seriöse Berufswahl wird dadurch massiv beeinträchtigt.

- Aufgrund des Zeitdrucks steigt das Risiko für Fehlentscheide. Darunter leiden sowohl die Lernenden wie auch die Lehrbetriebe.
- Für die Lehrkräfte an den Oberstufen wird es zunehmend schwierig, die Schüler/innen im letzten Schuljahr für den Unterricht zu motivieren, wenn bereits ein beträchtlicher Teil über einen abgeschlossenen Lehrvertrag verfügt.
- Im Berufswahlalter (14 – 16 Jahre) gehören Entwicklungsschübe zum Alltag. Da machen einige Monate oft enorm viel aus. Vor allem wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen.

Mögliche Massnahmen

Abreden zwischen den Lehrbetrieben oder staatliche Vorgaben könnten dieser Entwicklung entgegenwirken. Doch solche Absprachen scheitern oft daran, wie zuletzt das «Gentlemen's Agreement», keine Lehrstellen vor dem 1. November zu vergeben. Es ist wünschenswert, dass sich die Lehrbetriebe bewusst sind, dass sie und die angehenden Berufsleute genügend Zeit für einen fundierten Berufswahlprozess und eine seriöse Bewerberauswahl benötigen. Als Massnahme wird das Amt für Berufsbildung keine Lehrverträge vor dem 1. September genehmigen, was zwar frühzeitige Absprachen nicht verhindert, aber bewusst einen Gegentrend setzt. Die Berufs- und Studienberatung ihrerseits leistet Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. So wird in den Schulen, bei Klassen- und Elternorientierungen auf die Problematik hingewiesen und die Eltern und die Lehrpersonen werden für das Thema der (zu) frühen Lehrstellenvergabe sensibilisiert. Aus Sicht der Berufsberatung wäre ein Termin für die Lehrstellenzusage nicht vor Ende der Herbstferien der dritten Oberstufe wünschenswert. Als möglicher Kompromiss könnte gelten: «Lehrstellenzusagen gehören ins 9. Schuljahr!»

Geeigneter Berufsnachwuchs fällt nicht einfach vom Himmel

Nach wie vor ist das schweizerische Berufsbildungssystem ein Erfolgsmodell sowohl für junge Berufseinsteiger als auch für Karrierewillige. Ein gewisses Imageproblem der Berufsbildung lässt sich allerdings nicht leugnen. Heute hat in der Gesellschaft eine schulische Erstausbildung (Gymnasium, Fachmittelschule) ein höheres Prestige als eine berufliche Grundausbildung (Berufslehre). Um diesem Trend entgegenzuwirken, soll beispiels-

weise den Eltern noch vermehrt aufgezeigt werden, welche breite Palette von Berufen zur Auswahl stehen und welche Perspektiven an Weiterbildungen und Karrierechancen sich daraus ergeben. Berufsmeisterschaften, Imagekampagnen, Informationsveranstaltungen von Verbänden und Firmen, welche für die Berufsbildung werben, können die Vorteile der beruflichen Bildung noch besser aufzeigen.

Die Lehrbetriebe haben es in der Hand für ein positives Image zu sorgen. Sie sind für die Jugendlichen und deren Eltern bereits während der Berufsfindung wichtige Partner. Betriebe, die mit Berufsbesichtigungen, Tagen der offenen Türen, Ferienjobs oder Schnupperlehren den Lehrberuf, die Ausbildung und den Betrieb vorstellen, können ihre Chancen, geeignete Lernende zu finden, markant verbessern. Eine attraktive Firmenhomepage, auf der das Unternehmen sich und seine Lernenden vorstellt, gehört heute ebenso dazu.

Softskills sind so wichtig wie gute Noten

Der Rekrutierung von Lernenden soll ein besonderes Augenmerk geschenkt werden, denn sie unterscheidet sich von der Auswahl von andern Mitarbeitenden. Die Jugendlichen sind bei Lehrbeginn beinahe ein Jahr älter als zum Zeitpunkt des Lehrvertragsabschlusses. Ausserdem wird das Lehrverhältnis für eine vereinbarte Dauer von 3 - 4 Jahren abgeschlossen. Es muss nicht nur die «Chemie» stimmen. Ausbildungsverantwortliche müssen sich bewusst sein, welche Kriterien für den Lehrbetrieb und die Berufsfachschule besonders wichtig sind. Diese Kernkompetenzen müssen bei einem Selektionsprozess fundiert geprüft werden, am besten in einem mehrstufigen Auswahlverfahren. Das Potenzial junger Menschen kann nur bedingt mittels Schulnoten und Leistungstests erkannt werden. Wer ausschliesslich auf solche Faktoren setzt, schränkt den Kreis der möglichen guten Bewerber zu stark ein. Sogenannte «Soft Skills» wie Gewissenhaftigkeit, Fleiss, Motivation oder Einsatzbereitschaft sind für den Lernerfolg mindestens so wichtig wie schulische Leistungen. Deshalb sollten persönliche Bewerbungsgespräche gegenüber den Tests und Noten auch bereits in der Vorselektion mehr Gewicht erhalten. Die Schnupperlehre als abschliessendes Element des Selektionsprozesses ist nach wie vor Pflicht! Heute wie früher gilt immer noch: «Keine Lehrstellenvergabe ohne vorgängige Schnupperlehre».

Kontakt zu den zukünftigen Lernenden behalten

Wichtig ist auch, dass die Lehrbetriebe nach erfolgter Lehrstellenzusage mit zukünftigen Lernenden in Kontakt bleiben. Sei es, dass sie Einsicht in die Zeugnisse und den Stellwerttest des letzten Schuljahres verlangen oder sogar weitere persönliche Gespräche zur schulischen und persönlichen Standortbestimmung im Hinblick auf den Lehrbeginn durchführen. Dies fördert die Motivation fürs schulische Lernen auch im Abschlussjahr und hilft mit, dass der Übergang von der Volks- an die Berufsfachschule möglichst gut gelingt. Manchmal haben Jugendliche falsche Vorstellungen davon, was in schulischer Hinsicht an der Berufsfachschule von ihnen erwartet wird. Eine falsche Einschätzung dieser Anforderungen aufgrund ihrer Unreife im Entscheidungsprozess erhöht das Risiko, dass später Probleme an der Berufsfachschule auftreten.



Copyright SDBB | CSFC, Thierry Paret

Vorstellungsgespräch

Vielfältiges Potenzial besser nutzen

Auch wenn sich die Lehrlingssituation in der Schweiz je nach Region oder Beruf unterschiedlich darstellt, werden der Wettbewerb zwischen den Ausbildungsbetrieben und das Ringen um gute Lernende in den kommenden Jahren eher noch zunehmen.

Wenn es uns gelingt, das Image der Berufsbildung zu stärken, vermehrt junge Frauen für technische und handwerkliche Berufe zu gewinnen und Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund Chancen für einen Berufseinstieg zu bieten – dann würde sich der Kampf um Talente etwas entspannen. Davon profitieren alle Beteiligten. Wir bleiben dran!

Cyrril Moser, Berufs- und Studienberatung Goldau

Besuchen Sie die Tischmesse Ausserschwyz

Erleben Sie die kreative Präsentation auf der Fläche
eines Ausstellungstisches.

- > Lernen Sie neue Persönlichkeiten und KMU kennen!
- > Pflegen Sie bestehende Kontakte!
- > Lassen Sie sich von den Leistungen der
KMU beeindrucken!

Donnerstag, 6. September 2018
Hotel Seedamm Plaza, Pfäffikon SZ

13.30 Uhr Eröffnung 7. Tischmesse Ausserschwyz
18.15 Uhr Bekanntgabe Wettbewerbsgewinner «Schönster Messetisch»
18.30 Uhr Messeschluss

Veranstalter:



www.tzsz.ch/tischmesse

Partner:



Eintritt frei

www.flecklin.ch



Es geht um mehr als Food

Zwei Volksinitiativen, über die wir im Herbst abstimmen, verlangen rigorose Vorschriften zur Produktion von Lebensmitteln. Sie stehen im Konflikt mit der internationalen Handelspolitik und sind deshalb klar abzulehnen.

Am 23. September stimmen wir über zwei Volksinitiativen ab, welche sich mit unserem Speisezettel befassen: Die «Fair-Food-Initiative» verpflichtet den Staat, die ökologischen und sozialen Anforderungen an die Herstellung und den Verkauf von Lebensmitteln stark zu erhöhen. Produktionsvorschriften im In- und Ausland sollen gewährleisten, dass in der Schweiz nur noch Lebensmittel verkauft werden dürfen, die umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wurden. Der Import von Lebensmitteln, die diese Standards nicht erfüllen, wäre nicht mehr möglich.

Die «Initiative für Ernährungssouveränität» der Bauerngewerkschaft Uniterre will die heutige Landwirtschaftspolitik radikal verändern. Sie fordert umfassende staatliche Eingriffe und Regulierungen, um insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern. Lebensmittel sollen nur noch regional produziert und verkauft werden. Um eine Produktion von Lebensmitteln gemäss den in der Schweiz geltenden sozialen und ökologischen Bedingungen zu fördern, können Einfuhrzölle erhoben und Importverbote erlassen werden.

Weniger Auswahl für Konsumenten

Beide Initiativen werden von Bundesrat und Parlament klar abgelehnt. Sie würden zu einer Verteuerung der Lebensmittel im Inland, einer Einschränkung der Auswahl an Produkten für Konsumentinnen und Konsumenten sowie einer grossen Bürokratie führen. Die Durchsetzung schweizerischer Produktionsstandards im Ausland ist illusorisch. Ergebnis wäre, dass viele ausländische Lebensmittel auf dem Schweizer Markt nicht mehr zugelassen werden dürften.

Aus Sicht der Wirtschaft stellt sich ein zusätzliches Problem: Beide Initiativen stehen im Konflikt zum internationalen Handelsrecht und im Widerspruch zu praktisch allen bestehenden Freihandelsabkommen. Auch im Rahmen der WTO darf ein Mitgliedstaat den Import von substanziiell gleichartigen Produkten nicht erschweren oder verbieten. Zollabstufungen und Bindungen von Zollkontingenten an Qualitätskriterien sind klar WTO-widrig.

Die Schweiz kann sich keine gröberen Verletzungen dieser Verträge leisten. Wir würden uns damit vielmehr selber schaden. Unsere Freihandelspartner könnten die Abkommen ausser Kraft setzen, diverse Zolltarife würden ansteigen, Strafmassnahmen – die direkt die Wirtschaft treffen – wären wahrscheinlich.

Die Schweiz braucht den Zugang zu internationalen Märkten

Bereits die heutige Landwirtschaftspolitik steht einer weiteren Öffnung internationaler Märkte für unsere Exportwirtschaft entgegen. Eine zusätzliche Abschottung unseres Marktes mit weiteren Zöllen, wie dies beide Initiativen fordern, wäre völlig verfehlt. Unsere kleine Binnenwirtschaft ist auf den internationalen Austausch angewiesen, wenn sie weiterhin erfolgreich sein und wachsen können soll. Es muss möglich sein, neue Freihandelsabkommen abzuschliessen.

In naher Zukunft sind solche Abkommen mit den lateinamerikanischen Staaten geplant, zudem spielt Südostasien eine wichtige Rolle. Aber diese Länder wollen, und das zu Recht, auch ihre landwirtschaftlichen Produkte in die westlichen Länder exportieren dürfen. Kaum eine Verhandlungspartei wird dann Handelsvorschriften für Nahrungsmittel akzeptieren, wie sie die Initiativen verlangen.

Alle Wirtschaftsbereiche betroffen

Von den Initiativen betroffen ist die Schweizer Handelspolitik in ihrer Gesamtheit, also nicht nur die Agrar- und Lebensmittelbranche, sondern sämtliche in den Handel eingebundenen Wirtschaftsbereiche. In diesem Sinne geht es um mehr als «Food», es geht um Arbeitsplätze in der Schweiz und um die Erhaltung unseres Wohlstandes. Eine rigide, protektionistische Landwirtschaftspolitik, dies die Vision der Initiativen, hätte massive negative Auswirkungen auf unsere gesamte Volkswirtschaft. Beide Initiativen sind im Interesse unseres Wirtschaftsstandortes deshalb klar abzulehnen.

Regine Sauter, Direktorin

Zürcher Handelskammer und Nationalrätin (FDP)

Generalversammlung des H+I des Kantons Schwyz

Samstag, 27. September 2018, ab 16.00 Uhr

Diese Ausgabe wird gesponsert von
Käppeli, Strassen- und Tiefbau AG Schwyz

Riedmatt 3, 6423 Seewen-Schwyz
www.kaeppli-bau.ch

Nr.	Datum	Sponsor			
499	14.12.2017	Tulux AG, Licht.Lumière, Tödistrasse 4, 8856 Tuggen	507	24.09.2018	CONVISA AG, Unternehmens-, Steuer- & Rechtsberatung, Schwyz / Altdorf / Pfäffikon SZ
500	25.01.2018	Omida AG, Homöopathische Heilmittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht am Rigi	508	22.10.2018	Rotenfluebahn Mythenregion AG, Rickenbachstrasse 163, 6432 Rickenbach
501	22.02.2018	Biberbau AG, Industriestrasse 2, 8836 Biberbrugg	509	22.11.2018	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
502	22.03.2018	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6341 Baar	510	18.12.2018	Steinel Solutions AG, Allmeindstrasse 10, 8840 Einsiedeln
503	24.04.2018	Spichtig AG, Frauholzstrasse 27, 6422 Steinen	511	24.01.2019	Pi2 Process AG, Wolleraustrasse 15j, 8807 Freienbach
504	22.05.2018	Girsberger Informatik AG, Spezialitäten Software, Bahnhofstrasse 53, 6440 Brunnen			
505	19.06.2018	Späni Immobilien AG, Neuhofstrasse 8, 8834 Schindellegi			
506	20.08.2018	Käppeli, Strassen- und Tiefbau AG Schwyz, Riedmatt 3, 6423 Seewen-Schwyz			